



>> NEWSLETTER AUS MADRID

>> *Debatte über die „Lage der Nation“ ohne Biss*



Die wohl bedeutendste Parlamentsdebatte des Jahres in Spanien ist die zur „Lage der Nation“. Hier treffen Regierungs- und Oppositionschef zum politischen Schlagabtausch unmittelbar aufeinander. Für die Opposition stellt die Debatte die beste Gelegenheit zur Generalabrechnung mit der Regierung dar. Umso erstaunlicher ist jedoch, dass Oppositionsführer Mariano Rajoy (Foto) von der Volkspartei seine große Chance ungenutzt ließ. Wie dies geschehen konnte, ist weitgehend schleierhaft. Die zweitägige Debatte verlief unspektakulär und ohne Überraschungen und Zwischenfälle. Die Debatte verlief eher gespenstisch, denn alle erwarteten ein Aufeinanderprallen der beiden Kontrahenten; doch nichts geschah.



Die Tagesordnung am ersten Tag der Debatte, Dienstag, wurde bestimmt von den Punkten Wirtschaft, illegale Einwanderung, Organisierte Kriminalität sowie Reformen der Autonomiestatuten und Staatsmodell. Dabei tauschten Ministerpräsident José Luis Rodríguez



Zapatero (Foto) und Oppositionsführer Rajoy die altbekannten Pro- und Contra-Argumente aus. Das derzeit wichtigste politische Thema - die geplanten Verhandlungen mit der Terrororganisation ETA und die Beteiligung der ETA-nahen, verbotenen Batasuna-Partei - wurde jedoch ausgespart. Lediglich am zweiten Tag der Debatte, Mittwoch, wurde das Thema Friedensprozess mit der ETA angesprochen, allerdings für nur 15 Minuten.

Es dürfte sich wohl um die langweiligste Debatte zur „Lage der Nation“ der jüngeren Parlamentsgeschichte gehandelt haben, denn es geschah absolut nichts. Nach den äußerst spannungsreichen Monaten zwischen Regierung und Opposition war nach Ansicht mancher Beteiligter die „Luft endgültig“ heraus. Wild wurde über das Verhalten Rajoy spekuliert. Er habe das Handtuch bereits geworfen und warte nur noch auf sein politisches Ende, hieß es aus PP-Kreisen. Andere mutmaßten, Rajoy habe einen „Deal“ mit Regierungschef Zapatero über die Beteiligung der Opposition am Friedensprozess im Baskenland ausgehandelt. Unmittelbar

nach dem Ende der Debatte brach dann auch der Kampf um die Deutungshoheit in den Medien los. PSOE und PP beanspruchten den Sieg für ihren jeweiligen Parteiführer. Die Tageszeitung "La Vanguardia" sprach von einer "klaren Niederlage" Rajoys im Duell mit Zapatero. Auch eine in der konservativen Zeitung ABC veröffentlichte Umfrage ergab einen Punktsieg Zapateros gegenüber seinem Kontrahenten. 35 Prozent der Befragten sahen Zapatero als Sieger der Debatte und 21 Prozent meinten, der PP-Führer habe gewonnen. Insgesamt spiegelt die Umfrage ein geringes Interesse der Befragten wider, was zum einen darauf zurückzuführen ist, dass es in der Argumentation keinerlei Bewegung gab und zweitens, dass das politische Ereignis des Jahres – der Waffenstillstand der ETA – ausgespart wurde. Eine klare Mehrheit von 54 Prozent der Befragten sah dies als "schlecht" an. Bei den PP-Wählern kritisierten sogar 73 Prozent, dass dieses Thema ausgelassen wurde. Dies spiegelt gleichzeitig eine deutliche Unzufriedenheit mit Parteichef Mariano Rajoy wider, der vom konservativen Flügel der Volkspartei als zu "weich, zögerlich und harmoniebedürftig" betrachtet wird. Während PP-interne Stimmen die verpasste Gelegenheit kritisieren, Zapatero bezüglich seiner nachgiebigen Haltung gegenüber ETA zu attackieren, trat Parteichef Mariano Rajoy Gerüchten entgegen, das Aussparen dieses Themas sei von ihm und Zapatero zuvor verabredet worden.

>> Abschiebung illegaler Einwanderer ausgesetzt

Nur einen Tag nach Beginn der Abschiebung von über 600 afrikanischen Flüchtlingen, die per Boot illegal auf die kanarischen Inseln



gekommen waren, in den Senegal hat Spanien die Operation auf Aufforderung der senegalesischen Regierung bereits

wieder gestoppt. Die Regierung des westafrikanischen Landes kritisierte, dass es bei der Rückführung zu Zwischenfällen gekommen sei. Die ersten rund 100 Flüchtlinge seien während des Flugs mit Handschellen gefesselt und die Kabinenfenster abgedunkelt worden. Man habe ihnen versichert, sie würden aufspanische Festland gebracht. Erst nach Ankunft bemerkten die Flüchtlinge, dass sie nach Senegal gebracht worden waren und weigerten sich auszusteigen. Ein Sprecher der Abgeschobenen beklagte sich darüber, dass man "misshandelt und betrogen" worden sei.

Wann und wie die Rückführungen fortgesetzt werden, ist noch nicht klar. Damit hat die Ankündigung Zapateros in der Debatte zur Lage der Nation, illegale Einwanderer konsequent in ihre Herkunftsländer zurückzuführen, bereits an Plausibilität verloren. Das „vollmundige“ Versprechen Zapateros habe nicht einmal einen Tag gehalten, kritisierte die Volkspartei in einer Presseerklärung. Der Stopp der Abschiebungen nicht einmal 24 Stunden nach ihrem Beginn sei ein kla-

rer Beleg für die "Effizienz" der Regierung in Sachen Einwanderung, heißt es weiter. Die gesamte Einwanderungspolitik der Regierung Zapatero sei eine Reihe von Fehlschlägen, welche schon mit dem Legalisierungsprozess begonnen hätten. Angesichts der massiven Flüchtlingswelle auf den Kanaren habe die Regierung eine Reihe von Initiativen und Maßnahmen angekündigt, die aber allesamt keinerlei Wirkung gezeigt hätten, erklärte ein Sprecher der Volkspartei.

Allein im Mai sind rund 5.000 Afrikaner mit Booten auf die Kanaren gelangt, mehr als im gesamten Vorjahr. Die Auffanglager auf den Inseln, in denen ca. 3.700 Flüchtlinge untergebracht sind, sind längst am Rande ihrer Kapazitätsgrenze. Vor diesem Hintergrund hatte die Regierung Zapatero verstärkte Rückführungen angekündigt.

>> Keine Haftstrafen für Batasuna-Führer

Batasuna-Chef Arnaldo Otegi und sechs weitere Mitglieder der illegalen ETA-Partei bleiben auf freiem Fuß. Richter Fernando Grande-Marlaska vom Obersten Strafgerichtshof folgte damit dem Kriterium der Staatsanwaltschaft, die keine ausreichende Grundlage für die Verhängung einer Haftstrafe gesehen hatte. Lediglich einer der Batasuna-Mitglieder, Joseba Pernach, der vor wenigen Tagen damit gedroht hatte, den Waffenstillstand zu beenden, sollte Batasuna weiterhin von den Justizbehörden ver-

folgt werden, wurde gegen Kautions mit der Auflage entlassen, sich täglich bei der Polizei zu melden. Batasuna-Chef Otegi (Foto) übersteht



damit schon die dritte Anhörung durch Richter Fernando Grande-Marlaska wegen Delikten in Zusammen-

hang mit dem ETA-Terrorismus, ohne ins Gefängnis zu müssen. Die Staatsanwaltschaft hatte sich mit der Begründung gegen eine Gefängnisstrafe ausgesprochen, dass die letzten Handlungen und Aktivitäten von Otegi und seinen Leuten zum Ziel gehabt hätten, "das Ende der Gewalt zu unterstützen" und den ETA-Waffenstillstand "endgültig" zu machen. Insofern könnten „in dubio pro reo“ die Äußerungen der Batasuna-Führer als „Ausdruck der freien Meinung“ interpretiert werden, so die Staatsanwaltschaft. Inzwischen ist die Diskussion darüber im Gange, inwiefern sich die Entscheidung des Richters an der aktuellen politischen Situation orientieren darf bzw. wie sehr das Justizministerium politischen Einfluss auf die Gerichte nehmen kann. Zwar bekräftigen die Vertreter aller Parteien gebetsmühlenartig ihren Respekt vor den Entscheidungen der unabhängigen Gerichte, lassen aber zugleich keine Gelegenheit aus, den Richtern ihre Interpretation der Dinge nahe zu legen. So fordern Vertreter der PSOE, wie jüngst der Vorsitzende der baskischen Sozialisten, Patxi López, Flexibilität zu zeigen und den aktuellen politischen Hintergrund – Waffenstillstand und mög-

licher Friedensprozess – bei der Festsetzung des Strafmaßes mit ins Kalkül zu ziehen. Die oppositionelle Volkspartei pocht dagegen auf ein hartes Durchgreifen des Rechtsstaates. Batasuna sei eine illegale, terroristische Organisation, deren Mitglieder dementsprechend behandelt und zur Rechenschaft gezogen werden müssten. Zudem habe erst Anfang des Jahres ein Gericht das Verbot von Batasuna um zwei weitere Jahre verlängert. Erst am Tag vor dem Gerichtsurteil hatte die baskische PP-Vorsitzende María San Gil (Foto) geäußert, es sei ein "Desaster", wenn Otegi, der



eine ganze Reihe von Delikten und Prozessen anhängig habe, aus politischen Erwägungen nicht im Gefängnis landen würde.

>> **Scheitert Friedensprozess an mangelndem Konsens?**

Nach der Erklärung des ETA-Waffenstillstandes am 22. März hatte Oppositionschef Mariano Rajoy erklärt, Regierungschef Zapatero in seinen Bemühungen zu unterstützen, den ETA-Terrorismus endgültig zu beenden. Diese Unterstützung war allerdings an die Bedingung geknüpft, dass der ETA keine politischen Zugeständnisse gemacht würden und die Terrororganisation weiterhin mit allen rechtsstaatlichen Mitteln verfolgt würde. Zapatero hatte seinerseits zugesagt, den PP-Chef direkt und um-

fassend über alle Entwicklungen in Sachen ETA-Waffenstillstand zu unterrichten. Schon damals war spekuliert worden, wie lange dieser Schulterschluss denn wohl halten könne. Bald darauf zeigte der Konsens erste Risse. Der PP-Führer klagte darüber, nicht wie versprochen informiert zu werden. So hatte Zapatero auf einer Parteiveranstaltung angekündigt, bald vor den Kongress zu treten – voraussichtlich am 6. Juni – und sich das Mandat für Verhandlungen mit ETA zu holen, ohne Rajoy vorab über seinen Plan zu informieren. Während die Volkspartei zudem die Glaubwürdigkeit des Waffenstillstands in Frage stellte und darauf hinwies, dass Schutzgelderpressung und Straßenterror nicht vollständig eingestellt wurden, warfen die Sozialisten der PP vor, den anstehenden Friedensprozess absichtlich zu torpedieren, weil man Zapatero den Erfolg der Beendigung des ETA-Terrorismus nicht gönne. Während der Konsens zwischen Regierung und Opposition auf diese Weise zusehends bröckelte, könnte es bald zum offenen Bruch kommen.



Denn nachdem der Vorsitzende der baskischen Sozialisten Patxi López (Foto) angekündigt hatte, mit der Batasuna Kontakt aufzunehmen und darin von Zapatero öffentlich unterstützt wurde, erklärte Mariano Rajoy, unter diesen Bedingungen könne er die Regierung nicht unterstützen. In einem Radiointerview mit dem katholisch konservativen Sender

„Cope“ äußerte Rajoy, Ministerpräsident habe „alle roten Linien überschritten, die er gezogen habe.“ Falls die Sozialisten mit Batasuna Gespräche führen würden, fühle er sich von seinem Unterstützungsangebot entbunden. Es könne nicht sein, so Rajoy, dass Zapatero erst vor wenigen Tagen angekündigt hätte, „erst Frieden und dann Verhandlungen mit der Batasuna“, um Tage später genau das Gegenteil zu sagen. Dies sei ein klarer „Betrug“ am spanischen Volk. Damit zeichnet sich ab, dass die Volkspartei zur Frontalopposition gegen jegliche Form des Dialogs mit ETA zurückkehren könnte. Beteiligt sich die PP am 10. Juni an der geplanten Großdemonstration des Verbandes der Terroropfer AVT gegen Verhandlungen mit ETA, ist der Bruch wohl nicht mehr zu kitten. Stimmen aus der PP und der AVT haben inzwischen sogar die Möglichkeit angedeutet, jene sozialistischen Politiker, die mit der Batasuna Gespräche führen, wegen der Verabredung zu Treffen mit einer illegalen, terroristischen Vereinigung anzuzeigen. Die Regierungspartei PSOE scheint den Entzug der Unterstützung durch die PP in Kauf zu nehmen und hofft, dass Batasuna durch eine öffentliche Erklärung, in der sie die Gewalt ausdrücklich verurteilt, wieder den Weg zurück in die Legalität finden. Diese Option hatte kürzlich niemand anders als Innenminister Alfredo Pérez Rubalcaba selbst vorgeschlagen. Laut Zeitungsberichten von „La Vanguardia“ wird in den nächsten Wochen mit einer solchen Erklärung

von Batasuna gerechnet. Eine Legalisierung von Batasuna hätte dann auch Konsequenzen bei den nächsten Regionalwahlen im Baskenland. Die baskischen Sozialisten PSE wären in dem Fall bereit, eine Koalition mit Batasuna im Baskenland zu bilden. Gegenwärtig regieren die baskischen Nationalisten PNV unter dem Regionalpräsident Ibarretxe.

>> **Guardia Civil im Einsatz gegen „OK“ in Katalonien**

In einer Blitzaktion hat Madrid insgesamt 367 Polizeibeamte der nationalen Guardia Civil nach Katalonien abgeordnet, um gegen organisierte Kriminalität vorzugehen. In den vergangenen Monaten waren zunehmend kriminelle Banden – vor allem aus Osteuropa – nach Spanien gekommen, um Raubüberfälle und Wohnungseinbrüche zu begehen. Die Lage in Katalonien kurz vor Beginn der Touristensaison hatte sich derart zugespritzt, dass die katalanische Regierung Madrid um Hilfe gebeten hatte.

PP-Generalsekretär Angel Acebes (Foto) betonte, unter dem neuen Autonomiestatut wäre die Entsendung der Guardia Civil nach Katalonien gar nicht erst möglich gewesen. Zudem hätte eine aufwändige Vorauswahl der Polizisten stattfinden müssen; denn alle hätten einzeln auf ausreichende katalanische Sprachkenntnisse geprüft werden



müssen. Dies hätte zu großen zeitlichen Verzögerungen geführt und die Aktion in Katalonien unwirksam gemacht, erklärte Acebes. Der Oppositionspolitiker kritisierte darüber hinaus, dass das katalanische Parlament einen Antrag der PP-Fraktion abgelehnt hatte, der zum Ziel hatte, der Guardia Civil für ihren Einsatz zu danken. Die linksnationalistische ERC lehnte den Antrag mit der Begründung ab, bei der Guardia Civil handele es sich um „Besatzungstruppen“.

Acebes warnte die Regierung in Madrid, die Organisierte Kriminalität in Spanien zu unterschätzen. Für die Straftaten seien nicht einzelne illegale Einwanderer verantwortlich, sondern ausgebildete und organisierte Kriminelle, die bereit seien, mit äußerster Brutalität vorzugehen, sagte Acebes.

>> **Kongo-Einsatz in Spanien kaum umstritten**

Letzte Woche stimmte der Verteidigungsausschuss des spanischen Parlaments dem Einsatz spanischer Soldaten im Kongo ohne Gegenstimme zu. Lediglich die kommunistische Vereinigte Linke (IU) enthielt sich der Stimme. Deren Sprecher, Gaspar Llamazares, sprach zwar von „Licht und Schatten“ der Mission, hielt sich jedoch mit harter Kritik weitgehend zurück. Spanien entsendet ein kleines Kontingent von insgesamt 130 Soldaten, das an der EU-geführten Mission zur Unterstützung und Absicherung der Wahlen am 30. Juli teilnimmt. Die Soldaten werden in der Hauptstadt

Kinshasa stationiert, wo sie im Bedarfsfall als schnelle Eingreiftruppe abgerufen werden können, um die Evakuierung internationaler Wahlbeobachter zu sichern, den Flughafen zu schützen oder in begrenzten Operationen zur Stabilisierung der Sicherheitslage beizutragen. Verteidigungsminister José Antonio



Alonso (Foto) räumte ein, dass die Mission Risiken berge, die nicht ignoriert werden könnten, darunter die Präsenz bewaffneter Banden, schlechte sanitäre Bedingungen sowie das Vorhandensein von Personenminen.

Die Beteiligung Spaniens an der EU-Mission wird von der breiten Öffentlichkeit nicht kritisiert, wenn auch mehrheitlich aus Unkenntnis. Im Gegensatz zum spanischen Irak-Einsatz findet derzeit keine öffentliche Debatte über die Mission statt.

Impressum:

Konrad Adenauer Stiftung e. V.
Außenstelle Madrid
Inhaltlich Verantwortlich:
Michael Däumer
Zusammengestellt:
Stefan Reith
Manuel Loske
Design: Normann Kreuter
Postanschrift:
Plaza de Castilla, 3, 16-D 2
28046 Madrid, Spanien
Tel: (+34) 91 579 61 86
Fax: (+34) 91 571 86 12
Email: kasmad@gmx.net
Web: www.kas.de/espana